

**Die Milchversorgung in Gefahr. — Verschärfung der Kohlenkrise.**

Vor einiger Zeit wurde die Gemeinde Wien von der ungarischen Regierung verständigt, daß diese beabsichtige, die bisher nach Wien gelieferte Milch aus der Erzherzog-Friedrich-Molkerei im täglichen Ausmaß von ungefähr 1000 Liter für den Bedarf von Budapest heranzuziehen. Damit würde die Versorgung der Wiener Kranken und Säuglinge unmöglich gemacht. Um das zu verhindern, hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner alle Hebel in Bewegung gesetzt und zunächst die ungarische Regierung telegraphisch über die trostlose Milchversorgung Wiens unterrichtet. Gleichzeitig intervenierte der Bürgermeister beim ungarischen Gesandten in Wien, von dem er die Zusage erhielt, daß dieser alles tun werde, um die Milch für Wien zu retten. Vorgestern ist nun ein Telegramm von der Erzherzog-Friedrich-Molkerei eingetroffen des Inhalts, daß die Milch nun tatsächlich nach Budapest geliefert werden müsse. Der Bürgermeister wandte sich sofort an den Gesandten mit dem dringlichen Ersuchen, alles vorzuziehen, um die Milch für Wien mit Rücksicht auf dessen Notlage zu erhalten. Der Gesandte versprach, die ungarische Regierung von der unbedingten Notwendigkeit der Milch für Wien zu überzeugen und zu veranlassen, daß von dem verhängnisvollen Beschluß Abstand genommen werde. Bisher ist aus Budapest noch keine Antwort eingetroffen. Man hofft aber, daß sich die ungarische Regierung doch zu einem Zugeständnis bewegen lassen wird. Es ist wenigstens ein Glück, daß die Gemeinde Wien die Spitäler mit Kondensmilch versorgen kann, so daß die frische Milch für Kranke und Säuglinge übrig bleibt. Sonst wäre die Katastrophe schon längst eingetreten.

Der Einlauf an Braunkohle für die Wiener Verkehrsdirektionen ist in den letzten Tagen derart gesunken, daß die Verkehrskrise, die schon seit Wochen anhält, einen gefährlichen Stand erreicht hat. Während bisher die Schwierigkeiten des Verkehrs sich nur auf einzelne Direktionen beschränkten und in diesen Einzelfällen bald jeden Tag wechselte, ist heute bei allen Direktionen die Krise eingetroffen. Es ist daher auch keine gegenwärtige Aushilfe mehr möglich.

Besonders schwierig stehen die Verhältnisse augenblicklich bei der Nordwestbahn, die nur einen Vorrat von 10 Tonnen, d. h. für einige Stunden, hat. Um eine Verkehrsstörung zu verhindern, werden einige Wagen Kohlen in Stockerau an einen Lokalzug angehängt, um diese noch rechtzeitig nach Wien zu bringen.

Die Ursache des völligen Versiegens der Kohlenzufuhr liegt nicht im Wagenmangel. Die Waggons, die noch gemeinsames Gut der neuen Nationalstaaten sind und von einem gemeinsamen Verkehrs Komitee dirigiert werden, sind in genügender Zahl vorhanden. Es fehlt nur an gutem Willen, den erforderlichen Wagenpark aus Böhmen oder Mähren heranzuziehen und unsere Lage dadurch zu erleichtern. Es ist übrigens merkwürdig, daß jetzt plötzlich 1500 Waggons so wichtig sind, während zur Kriegszeit 10.000 bis 12.000 keine Rolle spielten. Am 31. Jänner standen z. B. in Mährisch-Osttrau über 160 Waggons unbenützt, und trotzdem kam keine Kohle.

In der vorigen Woche hat sich auch das Staatsamt für öffentliche Arbeiten bemüht, den Wiener Bahndirektionen zu helfen, und Kohle in den Trauntalrevieren in Oberösterreich beschlagnahmt. Diese geringfügige Menge von einigen Waggons reicht aber nicht aus. Der Bahnverkehr hängt von der Belieferung aus den tschechischen Revieren ab. Hoffentlich setzt die amerikanische Kommission, die sich außerordentlich für die Kohlenversorgung Wiens interessiert, bei der tschechischen Regierung eine ausreichende Beliefe-

zung durch. Sie wird sich allerdings gehörig auf die Füße stellen müssen.

Infolge der Verkehrsschwierigkeiten und eines Fehlers der Eisenbahnlinienämter, die überflüssigerweise vom Staatsamt für Seerwesen noch aufrecht erhalten werden, haben wir glücklich auch noch 5000 Serben als Gäste in Wien. Es handelt sich um Kriegsgefangene aus Deutschland, die an der Grenze vom Linientommando übernommen und nach Wien befördert wurden, wo sie infolge Kohlenmangels stecken geblieben sind. Wann die Weiterbeförderung möglich ist, steht noch in Frage. Der südslawische Vertreter meinte, es bleibe nichts übrig, als den Transport einfach aufzulösen.